Zeitschrift: Baselbieter Heimatblätter

Herausgeber: Gesellschaft für Regionale Kulturgeschichte Baselland

Band: 65 (2000)

Heft: 30: Geschichte 2001 : Mitteilungen der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte

Artikel: "Auch du, verehrter Eidgenoss" : Die Völkerbundsdiskussion 1920 im Baselbiet

Autor: Brassel-Moser, Ruedi

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-860169

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

März 2000

Geschichte 2001

Nr. 30

Mitteilungen der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte

"Auch du, verehrter Eidgenoss"

Ruedi Brassel-Moser

Die Völkerbundsdiskussion 1920 im Baselbiet

Zur Zeit wird mit einer Initiative wieder einmal der Beitritt der Schweiz zur UNO auf die Tagesordnung gesetzt. Nicht nur 1986, als der UNO-Beitritt massiv verworfen wurde, sondern schon unmittelbar nach den beiden Weltkriegen, als es um die Schaffung des Völkerbundes beziehungsweise der UNO ging, war diese Frage aktuell. Der folgende Beitrag blickt zurück auf die Auseinandersetzungen nach dem Ersten Weltkrieg, die 1920 in einer Volksabstimmung den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund brachten, der im Baselbiet jedoch abgelehnt wurde. Der Aufsatz ist hervorgegangen aus dem Projekt "Erfahrungen von Frieden und Krieg im Baselbiet im 20. Jahrhundert" von Ruedi Brassel-Moser. Der zweite Teil dieser Untersuchung zum Kriegsende 1945 im Baselbiet ist kürzlich in Buchform erschienen.[1]

November 1918: "Friedensglocken und Sturmglocken"[2]

Als anfangs August 1914 Kriegserklärung auf Kriegserklärung folgte, die Nachrichten von den ersten Gefechten die europäischen Völker aufwühlten und die verdrängten Warnungen vor einem Krieg Recht bekamen, herrschte trotz aller Überraschung die Vorstellung vor, dass der ausgebrochene Krieg nicht lange dauern würde.[3] Man rechnete mit einigen Wochen, vielleicht Monaten. Doch es sollte mehr als vier Jahre und drei Monate dauern, bis das blutige Morden auf den Schlachtfeldern eingestellt wurde, das alles bisher Vorstellbare überstiegen hatte. Und die Art und Weise, in der die Gesellschaften Europas den Waffenstillstand vom November 1918 erfuhren, war auch ganz anders, als man sich das anfänglich vorgestellt hatte, auch im Baselbiet. Schon in einer kleinen Notiz aus den ersten Kriegstagen im August 1914 in der "Sonntagspost", der Wochenendbeilage des "Landschäftlers", wurde ausgeführt, wie man sich die Umstände der herbeigesehnten Nachricht einer Einstellung der Kriegshandlungen vorstellte. Hohe emotionale Erwartungen waren daran geknüpft:

Inhalt

„Auch du, verehrter Eidgenoss"
Eine Baselbieter Völkerbundsfahne?

"Eine merkwürdige Intimität herrscht plötzlich zwischen allen Menschen, man fühlt sich ungeheuer nahe gerückt, man möchte sich die Hände drükken, sich küssen und umarmen. Und nicht wenige tun dies auch. Alles Gute, das im Mensch ist, ist hervorgebrochen und hat alle konventionellen Schranken niedergerissen."[4]

Der Kontrast dieser Friedensvision zu den Umgangsformen, die am 11. November 1918 in der Schweiz den Tag des Waffenstillstands prägten, könnte kaum grösser sein. Zwar wurden damals tatsächlich "konventionelle Schranken" niedergerissen. Doch anstelle der im August 1914 imaginierten "Intimität" zwischen allen Menschen war die Spaltung der Gesellschaft getreten, eine "inimitié", die Feindschaft des Klassenkampfs, der in jenen Tagen im Generalstreik kulminierte. Und nicht nur das: Statt dass die Menschen sich öffentlich umarmten und küssten, waren sie wegen der Ansteckungsgefahr durch die grassierende Grippewelle gehalten, den direkten Körperkontakt möglichst zu meiden, sich nicht zu grösseren Gruppen zu versammeln und von einander Abstand halten.

Auch in Bezug auf die Lage in den kriegführenden Ländern wurde die Diskrepanz zwischen den Friedenserwartungen und den Begleitumständen des Kriegsendes wahrgenommen: "Der Friede kommt. Und es geschieht das Unerwartete, dass er uns nicht die Freude bringt, die wir von seinem Kommen erhofften." So begann der Präsident der Basellandschaftlichen Friedensgesellschaft, der Frenkendörfer Pfarrer Karl Sandreuter, am 9. November 1918 seine Betrachtung "Zur Lage" in der Baselbieter Presse.[5]

Zwei Tage später hiess es in der "Basellandschaftlichen Zeitung": "Nicht in sanftem Säuseln, sondern in weltumwälzendem Sturm kündet sich der Friede an. [...] Es ist ein Erdbeben der Gemüter, ein unabsehbares Wogen und Branden. [...] Die Friedensglocken und die Sturmglocken tönen nebeneinander und klingen ineinander."[6] Auch in der Schweiz gab es zweierlei Geläut, zumindest im Baselbiet. Denn der Regierungsrat ordnete an, dass die "Friedensglocken" nicht nur am Tag des Waffenstillstands läuten sollten, sondern auch zum Streikende am 16. November.

"Zeigen wir uns darum der neuen Zeit würdig"

Das Kriegsende wurde als Zeit des Umbruchs und der Zeitenwende erfahren. Gegen Skepsis und Neigungen zur Resignation wurde der kategorische Imperativ der Erneuerung gesetzt: "Aufgabe jedes Friedensfreundes" sei es, schrieb Pfarrer Sandreuter, "dem Kleinglauben abzusagen und sich innerlich mit einer starken Hoffnung dem guten Geiste zu verbünden, der jetzt mit den uralten Mächten und der Machtgier in einem neuen Kampfe steht."[7] Man setzte auf das "Neue", ein Begriff, der die veröffentlichte Meinung nach dem Kriegsende 1918 weithin prägte.[8]

Auch die bürgerliche "Basellandschaftliche Zeitung" schien zu Neuerungen bereit, wenn sie unter dem Eindruck der Weltereignisse und im Hinblick auf den Landesstreik in der Schweiz schrieb: „Kein Schweizer konnte sich dem Gefühl entziehen, dass auch in unserm Land mächtige Wandlungen bevorstehen. Der neuen Zeit muss in weitestem Masse Rechnung getragen werden." Es gelte "unser Land heil in den Frieden hinüber zu retten". Eine "sofortige gründliche Neuorientierung auf verfassungsmässigem Weg" dürfe nicht ausbleiben." Gerade weil aber auch in bürgerlichen Kreisen die Forderung nach einer Neubestellung der schweizerischen Behörden auf Unterstützung stosse, bestehe kein Anlass, "der eidgenössi-

schen Republik russische Zustände zuzumuten."[9]
Bedrohung und Chance zur Erneuerung lagen nahe beieinander. Die Umbrüche und die offen bleibenden Konflikte weckten Unsicherheit und Ängste. So hielt das "Basler Volksblatt" zum Jahreswechsel fest: "1918 hat Cäsaren in den Staub geworfen, ihre Throne auf die Scheiterhaufen geworfen und damit der Menschheit das uralte Vanitas vanitatum wieder in Bildern von furchtbarer Grösse und Eindrucksmächtigkeit vor Augen geführt. Wir fürchten sehr, 1919 könne nun an uns Kleine geraten und uns rütteln und schütteln, dass uns Hören und Sehen vergeht. [...] Die internationale Revolution hockt als ein graues, unheilverkündendes Gespenst neben den Toren von 1919 und seine bleichen Schatten huschen um den Friedensbau, der mühsam daneben gezimmert wird."[10]

Dass damit nicht nur im kriegsversehrten Ausland, sondern auch in der Schweiz ein für manche vielleicht schmerzliches Umdenken verbunden sein könnte, darauf machte ein Samstagsvers in der "Baselland-schaftlichen Zeitung" aufmerksam, wenn er den Schweizern ins Stammbuch schrieb:

"Auch du, verehrter Eidgenoss, / Berauschtest dich am Heldentrank. / Setz dich heut nicht aufs hohe Ross, / Du warst im gleichen Spittel krank. / Und der so oft beim Wein erneute, / Der kühner Ahnen Heldengeist, / War nicht viel anders als was heute / Der grosse Kriegeswahnsinn heisst. / Drum, wenn es nun soll anders werden, / Mein sehr verehrter Hirtenknab, / So streife auch auf Schweizererden / Den alten Ahnenkultus ab."[11]
Welche Konsequenzen waren zu ziehen? Sie betrafen zunächst einmal die sozialpolitischen Postulate und die Forderung nach dem Ausbau der politischen Rechte, wie sie im keineswegs revolutionären Programm des Landesstreiks formuliert worden waren.
Schon im Oktober 1918 hatte das Volk die Proporzinitiative für den Nationalrat angenommen. Jetzt sollte die Einführung beschleunigt werden. In diesem Zusammenhang wurde im Baselbiet auch die längst hängige kantonale Beratung des Proporzgesetzes forciert, so dass der Landrat im Juni und das Volk im August 1919 mit überwältigendem Mehr den Proporz für den Landrat annahm.[12] Abgesehen von der Einführung der 48-Stundenwoche, die schon im Frühjahr 1919 umgesetzt wurde, gerieten die anderen Reformen auf die lange Bank – erst 1947 sollte die AHV realisiert werden, das Frauenstimmrecht gar erst 1971.

Kritik am "Gewaltfrieden"

Zur Neuorientierung gehörte auch der Bereich der Aussenpolitik, der jedoch nicht in den Forderungen des Landesstreiks enthalten war. Die zentrale neue Weichenstellung war dabei der Beitritt zum entstehenden Völkerbund. Damit verbunden war der Übergang von der bisher praktizierten integralen zur differenziellen Neutralität. Ein Schritt, der in der Schweiz ausgesprochen schwer fiel, zumal die Konturen der Friedensorganisation von Anfang an die Handschrift der Siegermächte trugen. Die schon seit Kriegsbeginn tendenziell deutschfreundliche Haltung der Baselbieter Presse hatte sich angesichts der seit dem Sommer 1918 absehbaren Niederlage Deutschlands in verschiedenen Aufrufen dafür niedergeschlagen, dass eine Friedensvermittlung durch die Neutralen Deutschland vor einem vollständigen Zusammenbruch retten sollte.[13] Diese Haltung setzte sich dann in der Kritik an den "infamierenden Kapitulationsbedingungen" fort[14] und übertrug sich auch auf die im Januar 1919

beginnenden Friedensverhandlungen in Paris, deren Einseitigkeit auch im Baselbiet kritisch vermerkt wurde.[15] Als besonders bedenklich wurde zudem erachtet, dass die Schweiz nach der Bildung eines Völkerbundes auf ihre Neutralität verzichten müsste.[16] Dies blieben in der Folge die beiden Hauptansatzpunkte für die Diskussion. Zum einen ging es darum, ob und wie die schweizerische Neutralität mit einem Mitwirken im Völkerbund vereinbar war. Zum anderen ging es um die Ausgestaltung des neu zu schaffenden Völkerbunds, der von den Kritikern zunehmend vor allem als Instrument in den Händen der Siegermächte wahrgenommen wurde. Mit einer gewissen Genugtuung wurde dann im März 1919, als auch die neutralen Staaten an die Pariser Verhandlungen vorgeladen wurden, festgestellt, dass die Positionen sich aufgeweicht hätten. Die "Basellandschaftliche Zeitung" wandte sich dabei klar dagegen, dass die Schweiz sich in wirtschaftliche Sanktionen einbinden liess. Denn die Schweiz könne ihre Wirtschaftsbeziehungen nicht vom Mächtekartell der Siegermächte abhängig machen.[17]

Plakat von Otto Baumberger 1920

Krasser noch als über das Ende April verabschiedete Völkerbundsstatut fielen etwas später die Beurteilungen der Verhandlungen mit Deutschland aus. Da war die Rede von "Henkerdiensten", welche die Siegermächte der Schweiz gegenüber Deutschland mit der Aufrechterhaltung der Wirtschaftsblockade zumuten würden.[18] Nachdem sich das Vertragswerk von Versailles in seinem Grundgehalt konkretisiert hatte, der im wesentlichen von Deutschland eine weitgehendende Entmilitarisierung, hohe Reparationszahlungen und Gebietsabgaben von Elsass-Lothringen, in Schlesien und anderswo verlangte, sprach man vom "bösen Frieden" und übernahm den Begriff des "Gewaltfriedens".[19] Diese Kritik am Versailler Vertrag kam nicht nur von Seiten eher deutschfreundlicher

Kreise. Sie wurde auch etwa von prominenten Vertretern der Friedensbewegung geteilt.[20] Trotzdem fand sich Mitte Juni 1919 an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Friedensvereins eine Mehrheit, die einem Beitritt der Schweiz zum Völkerbund positiv gegenüber stand. Zur Minderheit gehörte aber der Baselbieter Delegierte J. Zeller aus Liestal, der für ein Abseitsstehen vom Völkerbund eintrat, solange Deutschland an diesem nicht teilhabe.[21]
Die Ablehnung des Völkerbundes richtete sich argumentativ somit in der Regel nicht gegen das Prinzip desselben, sondern in erster Linie gegen dessen politische Instrumentalisierung durch die Siegermächte. Geschickt wurde vorgebracht, dass damit das Gewaltprinzip gerade nicht durchbrochen worden sei. Gleichwohl wurden auch die positiven Seiten des Projekts gewürdigt. So stellte Karl Weber in der "Basellandschaftlichen Zeitung" fest, dass "Völkerfrieden undenkbar [ist] ohne den Völkerbund".[22] Unabdingbar war aber für ihn, dass das Volk selber über den Völkerbund bestimmen müsse. "Das Schweizervolk soll entscheiden!" titelte er eine Broschüre, in welcher er im Frühling 1919 seine Stellungnahmen zusammenfasste.[23] Eine Volksabstimmung wurde dann auch nach der parlamentarischen Behandlung angesagt. Im Nationalrat hatten sich die Baselbieter Vertreter etwa gleichmässig auf die zustimmende und ablehnende Seite verteilt.[24] Der Rat beschloss im November 1919 grundsätzlich einen Beitritt.
Hängig war aber immer noch die Frage, wie weit die Entente-Mächte bereit waren, auf eine schweizerische Sonderstellung einzugehen und ihr Mitwirken an Sanktionen auf die wirtschaftliche Ebene zu beschränken. In der Londoner Deklaration vom 13. Februar 1920 wurden dann die Vorbehalte der Schweiz aufgrund ihres Willens zur Aufrechterhaltung der immerwährenden Neutralität anerkannt. Nachdem darauf die eidgenössischen Räte ihr zustimmendes Votum erneuerten – obwohl sich inzwischen die USA vom Völkerbund zurückgezogen hatten –, wurde im Mai 1920 die Beitrittsfrage dem Volk zur Entscheidung vorgelegt.

Die Völkerbundsdiskussion im Baselbiet

Die Auseinandersetzungen um die Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund schlugen auch im Baselbiet hohe Wellen. In der Presse warben Artikel und Inserate von Komitees dafür – und vor allem dagegen. An verschiedenen Orten wie in Liestal, Gelterkinden, Oberdorf fanden eigentliche Volkstage statt, inoffizielle Landsgemeinden zu dieser Sachfrage, die jedoch jeweils einseitig zusammengesetzt und als Propagandaveranstaltungen konzipiert waren. In Liestal erfolgte am 18. April in diesem Rahmen ein Auftritt von Bundesrat Edmund Schulthess, der den Völkerbund als "eine Art Genossenschaft" souveräner Staaten mit dem Ziel der Vermeidung von Kriegen darstellte. Ein Fernbleiben würde der Schweiz weder die Neutralität noch die militärische Sicherheit und eine gesicherte wirtschaftliche Entwicklung garantieren.[25] Im Anschluss an die Diskussion, in der sich auch Gegner zu Wort meldeten, wurde mit nur acht Gegenstimmen eine Resolution für den Beitritt angenommen. Die "Basellandschaftliche Zeitung", die selber moderat gegen den Völkerbund auftrat, warnte aber davor, dies für die wirkliche Haltung des Volks zu nehmen. "Wir sind auf dem Lande da und dort dem stärksten Misstrauen gegen den Völkerbund begegnet, und wir wissen aus Erfahrung, dass öfters in grossen Versammlungen die Gegnerschaft sich vollkommen ruhig verhält, ja

sogar in die Resolutionen einstimmt, und dass dann doch das spätere Abstimmungsergebnis zu den Resolutionen in einem schroffen Widerspruch stand."[26] Während der Propagandaapparat der Befürworter mit bundesrätlicher Unterstützung rechnen konnte, machte sich auf der Gegnerseite ein "Komitee gegen den Beitritt der Schweiz zum Versailler Völkerbund" bemerkbar. Aus ihm sollte später der "Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz" hervorgehen.[27] Darin waren unter anderen Nationalrat Adolf Seiler, Obergerichtspräsident Ernst Erny und Dr. Ludwig Gelpke – dessen Vetter Nationalrat Rudolf Gelpke in Basel die Ablehnungsfront anführte und auch im Baselbiet auftrat – vertreten.[28] Auch die Beitrittsgegner organisierten Volksversammlungen, wie jene von Gelterkinden, die aber von den Befürwortern mit einer gleichzeitig stattfindenden in Oltingen konterkariert wurde.[29]

Dass im Baselbiet eine völkerbundkritische Haltung, wie sie vom BZ-Journalisten dokumentiert wurde, verbreitet war, sollte sich bewahrheiten. Am 16. Mai kam es im Unterschied zum nationalen Resultat hier zu einer ablehnenden Mehrheit. Es wäre aber verfehlt, das Baselbieter Nein als eine grundsätzliche Absage an eine internationale Zusammenarbeit oder gar als Votum gegen den Grundgedanken eines Völkerbundes zu interpretieren. Denn in die Ablehnung flossen die verschiedensten Motive ein. Die Arbeiterparteien lehnten den Völkerbund ab als eine Institution des internationalen Kapitalismus. Sie vertraten die Ansicht, dass die Sicherung des Friedens in erster Linie über die Überwindung des imperialistischen und damit kriegstreiberischen Kapitalismus erfolgen müsse. Deutschfreundliche Kreise sahen im Völkerbund und noch mehr in den Versailler Vertragsbedingungen, auf die der Völkerbund aufbaute, in erster Linie ein Mittel zur Niederhaltung von Deutschland. Am stärksten wog aber wohl das Argument, dass die Schweiz bei einem Beitritt angeblich ihre Selbständigkeit und Neutralität und damit ihre Identität preisgebe. "Wir verleugnen unsere Demokratie. Die ganze Entstehungsgeschichte des Völkerbundes ist ein Hohn auf sie... Warum geben wir unsere Tradition preis?", fragte beispielsweise am Gelterkinder Volkstag Nationalrat Dr. Seiler.[30] Andere konstruierten aus der Frage gar eine der Existenz schweizerischer Identität: "Schweizerbund und Völkerbund sind zwei ganz verschiedene Dinge. [...] Den Schweizersinn und die Schweizerart wollen wir nicht preisgeben. Eine Schande ist es, so zu sprechen, als wären unsere Traditionen alter Hausrat mit dem man nichts mehr anfangen kann."[31] Verschiedentlich wurde auch argumentiert, dass auf der einseitigen Grundlage des vorgesehenen Völkerbundes ein gerechter Frieden gar nicht entstehen könne. So gab sich etwa der Bezirkslehrer Dr. Löw aus Böckten als Völkerbundfreund zu erkennen: "Aber nicht von dem, der in Rede steht, denn das ist keiner. Es ist ein Gewaltbund."[32]
Wie wenig eindeutig die Fronten in dieser Auseinandersetzung verliefen, zeigt die Haltung der Baselbieter Sektion des Schweizerischen Friedensvereins. An der nationalen Konferenz scherte die Baselbieter Delegation aus der beitrittswilligen Phalanx aus und erklärte, dass ein Schweizer Beitritt nur bei einer Aufnahme auch von Deutschland sinnvoll wäre.[33] Kurz vor der Abstimmung fasste die Baselbieter Sektion dann aber "trotz allen Bedenken über den Wortlaut des gegenwärtigen Vertrags" doch noch eine Ja-Parole: "Wer auf dauernden Frieden zwischen den Völkern hofft, darf sich nicht dazu hergeben, im Bund mit den Verfechtern des Macht- und

Militärsystems diese Friedensarbeit abzulehnen und dadurch das Schweizervolk in das Geleise einer veralteten nationalistischen Politik zurückzustossen."[34] Die Befürworter leugneten die Mängel des Völkerbundes und des Versailler-Vertragswerks keineswegs. Aber sie betonten, dass es verbesserungsfähig sei. Es sei immerhin der Anfang dazu, die Weltpolitik auf international verbindliche Rechtsnormen zu verpflichten. Genau dies liege, so wurde betont, in der direkten Tradition der schweizerischen Staatsidee. Auf der anderen Seite wurde dem aber entgegengehalten, dass das Einstehen für die echte schweizerische Tradition ebenso ideellen Motiven entspringe, zumal von den Befürwortern immer wieder mit den bei einem Nichtbeitritt drohenden negativen wirtschaftlichen Auswirkungen und der politischen Isolation der Schweiz gedroht werde.

Plakat von Melchior Annen 1920

Das Abstimmungsergebnis

Das schweizerische Abstimmungsergebnis war beim Ständemehr relativ knapp. 11,5 Stände waren dafür, 10,5 dagegen. Das Volksmehr fiel dagegen etwas deutlicher aus (413'000 Ja [56%] gegen 322'000 Nein). Vor allem dank der Romandie, wo etwa der Kanton Waadt mit über 93 % angenommen hatte, war die zustimmende Mehrheit zustande gekommen. So manifestierte sich denn in dieser Abstimmung auch der seit dem Ausbruch des Weltkriegs virulente "Graben" zwischen Welschen und Deutschschweizern, auch wenn einige deutsch-schweizerische Kantone dem Beitritt zugestimmt hatten. Das Baselbiet gehörte aber nicht dazu. Hier sprachen sich mit 9156 Stimmbürgern 61,5 % gegen den Beitritt zum Völkerbund aus, bei einer Stimmbeteiligung von 77,1 %.[35] Interessant ist ein Blick auf das unterschiedliche Abstimmungsverhalten im Baselbiet. Zwar lehnten alle vier Bezirke

den Beitritt deutlich ab, am stärksten Liestal mit 66,1 %, am schwächsten Sissach mit 55,7 %. Dazwischen liegen die Bezirke Arlesheim und Waldenburg mit 63,6 beziehungsweise 63,5 % ablehnenden Stimmen. Innerhalb der Bezirke ergeben sich jedoch überraschende Divergenzen, findet sich doch in jedem Bezirk mindestens eine zustimmende Gemeinde. Am meisten waren es im Bezirk Sissach, wo in insgesamt acht Gemeinden eine Mehrheit dem Völkerbund beitreten wollte, teilweise sogar, wie in Oltingen oder in Buus, mit überwältigendem Mehr von 85,7 beziehungsweise 79,1 %. Angesichts dieser markanten Unterschiede sind lokale, personelle Bestimmungsfaktoren anzunehmen.

Im Vergleich der zustimmenden Gemeinden zeichnet sich jedoch ein auf den ersten Blick erstaunliches Muster ab. Setzen wir die Ergebnisse nämlich in Beziehung zur Sozialstruktur der Gemeinden, so zeigt sich mit einer Ausnahme, dass von den 14 zustimmenden Gemeinden 13 einen überdurchschnittlich hohen Anteil in der Landwirtschaft tätiger Einwohner enthalten.[36] Und dies nicht nur im Oberbaselbiet, sondern auch im Bezirk Arlesheim, wo die am stärksten agrarischen Gemeinden Schönenbuch und Biel-Benken ebenfalls knapp zustimmten beziehungsweise die Ja- und Nein-Stimmen sich die Waage hielten. Die Ausnahme stellt die Gemeinde Arlesheim dar. Es ist also davon auszugehen, dass in den bäuerlichen Gemeinden mit wenig Industrie am meisten Zustimmung zu holen war und dass viele Baselbieter Bauern dem Aufruf des Vorstands des kantonalen landwirtschaftlichen Vereins für einen Beitritt gefolgt waren.[37] Handkehrum waren aber auch die stärksten verwerfenden Mehrheiten in kleinen ländlichen Gemeinden zu verzeichnen. Das Gros der ablehnenden Stimmen stammte jedoch aus den Industriegemeinden des unteren und mittleren Kantonsteils, hatten doch ausser der Sozialdemokratie auch grosse Teile des neuen freisinnigen Bündnisses die Ablehnungsparole ausgegeben. Angeführt wurde diese bürgerliche Ablehnung vom national und kantonal auftretenden "Komitee gegen den Beitritt der Schweiz zum Versailler Völkerbund". Die Fronten liefen dabei meist quer durch die Parteien, wobei die Ablehnung überwog. Dies bekam etwa der freisinnige Befürworter Nationalrat Karl Tanner zu spüren, der bei der am gleichen Sonntag abgehaltenen Gesamterneuerungswahl für den Regierungsrat zwar wiedergewählt wurde, jedoch von den Bisherigen am wenigsten Stimmen erhielt.[38] Auch in der reformierten Baselbieter Kirche waren die Haltungen geteilt.[39] Und auch auf der Linken gab es abweichende Aktivisten, wie den grütlianischen Handelslehrer Hans Grogg aus Binningen.[40] Dennoch zeigten die Arbeitergemeinden deutlich ablehnende Mehrheiten.

Unterschiedliche Gewaltkritik

Angesichts der vielschichtigen Kritik, die dem Völkerbund auch von Seiten grundsätzlicher Befürworter einer Stärkung des Völkerrechts in Richtung einer supranationalen Organisation zukam, erscheint es wenig sinnvoll, eine eindeutige Zuordnung der eingenommenen Haltung zu einem traditionalistisch-isolationistischen oder einem modernen, weltoffenen Lager vorzunehmen. So fügt sich insbesondere die Haltung der Arbeiterbewegung nicht in diese Dichotomie. Sie war zwar durchaus internationalistisch, sah aber den als kapitalistisches Machtinstrument abgelehnten Völkerbund nicht auf dieser Linie angelegt.

Allerdings fällt es auch schwer, die Zustimmung im bäuerlichen Lager als prinzipiell modern-weltoffenen Grundzug einzustufen.
Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich in der Abstimmung zum Völkerbund zeigte, dass die bei Kriegsende proklamierte Aufbruchstimmung nicht bloss eine rhetorische Formel bleiben sollte. Der Wunsch nach der Überwindung des Gewaltsystems, das zum Krieg geführt hatte, die Suche nach einer internationalen Ordnung des Rechts stand deutlich hinter dem Votum für den Völkerbund. Allerdings wurde diese Argumentation mutatis mutandis auch von den Beitrittsgegnern vorgebracht, wenn sie einwandten, dass der Völkerbund im Umfeld des Versailler Vertrags eine Verlängerung des alten Gewaltprinzips darstelle. Auch wenn viele Befürworter in bezug auf die Unzulänglichkeit der Friedensbedingungen mit den Kritikern weitgehend einig gingen, stellten sie sich auf den Standpunkt, dass von einem bestehenden Völkerbund aus – und mit Beteiligung der Schweiz – diese problematischen Voraussetzungen am ehesten verbessert werden könnten. Einen anderen Schluss zogen die Gegner, wie Nationalrat Seiler an einer Volksversammlung in Basel, wenn er

Plakat von Emile Cardinaux. Sämtliche hier abgebildeten Plakate stammen aus dem Abstimmungskampf des Jahres 1920. Befürworter wie Gegner bedienten sich in ihrer Propaganda nationaler Mythen und traditioneller Heimatsymbole. Auf anderen (befürwortenden) Plakaten werden allerdings auch Anleihen aus der sozialistischen Bildersprache gemacht: Hemdärmlige Arbeiter schmieden Schwerter zu Pflugscharen.

Abbildungsnachweis: Jean Meylan et al.: Bürger zu den Urnen. 75 Jahre eidgenössische Abstimmungen im Spiegel des Plakats, Lausanne 1979.

sagte: "Der tiefere Sinn unseres 'Nein' ist ein Protest gegen die Gewaltpolitik, welche auch nach dem Kriegsende weiter Triumphe feiern soll. Unser 'Nein' ist ein Bekenntnis zur absoluten Neutralität."[41] Die wesentliche Differenz lag somit vor allem darin, dass die Völkerbundsgegner nicht bereit waren, an der schweizerischen Neutralität Modifikationen vorzunehmen und damit auch das nationale Selbstbild im internationalen Konzert zu verändern.

Schluss

Die Stellung der Schweiz zu einer internationalen Friedensordnung und ihre Bereitschaft zu einem Engagement in Völkerbund und UNO ist im 20. Jahrhundert massgeblich durch die Erfahrungen der beiden Weltkriege geprägt worden. Der Neutralität wurde das Verdienst zugeschrieben, die Schweiz aus dem Krieg heraus gehalten zu haben. Diese "Lehre" wurde – unbesehen des Faktums, dass die Neutralität bisweilen durch Konzessionen strapaziert werden musste – weitgehend als Richtschnur für die Politik der Nachkriegszeit anerkannt. Während jedoch 1920 noch eine knappe Mehrheit des Schweizervolks den Beitritt zum Völkerbund und damit den Übergang zu einer differenziellen Neutralität gutheiss, verschloss man sich nach 1945 dem Weg in die UNO, weil es diesmal keine Klausel für den Sonderfall mehr gab. Selbst überzeugte Anhänger der UNO, wie Nationalrat Ernst Boerlin – später Regierungsrat und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen – hielten 1946 dafür, dass nur ein Sonderstatut für die Schweiz einen Beitritt zur UNO ermöglichen würde.[42] Die Fixierung der Schweiz auf ein Selbstbild, das die nationale Identität nach 1945 massgeblich aus der Erfahrung der Neutralität und Isolation während der Weltkriege heraus konstruierte, entpuppte sich in den zurückliegenden fünfzig Jahren als entscheidende Hemmschwelle für die vollwertige Mitarbeit und Mitverantwortung der Schweiz in der Völkergemeinschaft. Dies zeigte sich auch bei der Abstimmung über den UNO-Beitritt von 1986, der mit einem Dreiviertelsmehr verworfen wurde.[43] Der Rückblick auf die Völkerbundsdiskussion und den Beitritt der Schweiz 1920 könnte die Augen dafür öffnen, dass die Rolle der Schweiz auch anders ausgelegt werden kann: Nicht rückwärtsbezogen auf die Erfahrungen von Weltkriegen und des Kalten Kriegs, sondern mit dem Blick nach vorn auf eine neue internationale Friedensordnung. Wie hiess es doch im zitierten Samstagsvers vom 2. November 1918:

"Drum, wenn es nun soll anders werden, / Mein sehr verehrter Hirtenknab, / So streife auch auf Schweizererden / Den alten Ahnenkultus ab."[44]

Anmerkungen

[1] Ruedi Brassel-Moser, "Das Schweizerhaus muss sauber sein". Das Kriegsende 1945 im Baselbiet, Liestal 1999.
[2] Titel des Leitartikels in der Basellandschaftlichen Zeitung (BZ) vom 11.11.1918.
[3] Ausführlicher dazu: Ruedi Brassel-Moser, "Unser Land heil in den Frieden retten". Zur Wahrnehmung und Verarbeitung des Ersten Weltkriegs im Baselbiet, Projektbericht (Manuskript), Pratteln 1998.
[4] Sonntagspost, Wöchentliche Beilage zum Tagblatt der Landschaft Basel und zum Landschäftler, 16.8.1914.
[5] BZ, 9.11.1918, Landschäftler (LS) 9.11.1918. Ganz ähnlich tönte es bei einem anderen aktiven Baselbieter Pazifisten, dem Redaktor der Zeitschrift "Der Friede", Rudolf Geering-Christ.
[6] BZ, 11.11.1918.

[7] BZ, 9.11.1918.
[8] Vgl. zum Diskurs des "Neuen" Ruedi Brassel-Moser, Dissonanzen der Moderne. Zürich 1994, S. 116ff., und E. Wigger, Krieg und Krise in der politischen Kommunikation, Zürich 1997, S. 109ff.
[9] BZ, 11.11.1918.
[10] Basler Volksblatt 1.1.1919.
[11] BZ, 2.11.1918.
[12] Vgl. Sibylle Rudin-Bühlmann, "Und die Moral von der Geschicht', Parteiparolen halt ich nicht." Parteigründungen im Baselbiet zwischen 1905 und 1939, Liestal 1999, S. 232ff.
[13] LS, 18.9.1918, 27.9.1918, BZ 4.11.1918.
[14] BZ, 2.11.1918.
[15] BZ, 13.1.1919.
[16] BZ, 17.1.1919.
[17] BZ, 24.3.1919.
[18] BZ, 22.5.1919.
[19] BZ, 21.6.1919, 24.6.1919.
[20] So etwa in dem vom Pazifisten A.H. Fried herausgegebenen Sammelwerk "Der Weltprotest gegen den Versailler Frieden", Leipzig 1920.
[21] Protokolliert in: Der Friede, 20.7.1919.
[22] BZ, 29.3.1919.
[23] Karl Weber, Das Volk soll entscheiden!, Bern 1919.
[24] Vgl. F. Grieder, Ein halbes Jahrhundert unter der Bundeshauskuppel, Basel 1984, S. 61ff.
[25] BZ, 19.4.1920.
[26] BZ, 12.5.1920. Gelegentlich wurde auch behauptet, dass die Befürworter in ihren Veranstaltungen und Organen den Gegnern die demokratische Meinungsäusserung vorenthielten. So ein Inserat eines "Demokraten" in der BZ vom 14.5.1920.
[27] Vgl. dazu G. Waeger, Die Sündenböcke der Schweiz, Olten 1971, S. 62.
[28] Vgl. Eingabe an die eidgenössischen Räte vom 23.2.1920 BAR E 2001 (B) 1/83 (B.56.41); sowie das Inserat "An das Schweizervolk" in BZ, 12.5.1920.
[29] BZ, 15.5.1920.
[30] BZ, 3.5.1920.
[31] "Korrespondenz aus Baselland" in BZ, 1.5.1920.
[32] BZ, 4.5.1920.
[33] Der Friede, Juli 1919.
[34] BZ, 4.5.1920.
[35] Berechnet nach: Amtsblatt für den Kanton Basel-Landschaft, 1920/I, S. 778ff..
[36] Als Referenz dient die Karte 5.1, Landwirtschaft: Erwerbstätige pro 100 Einwohner 1930, in: Martin Meier, Die Industrialisierung im Kanton Basel-Landschaft 1820-1940, Liestal 1997, S. 266. Dieser Befund deckt sich mit der Beobachtung von R. Ruffieux, der für die gesamte Schweiz in den stark agrarisch geprägten Landesteilen eine leicht überdurchschnittliche Annahme des Beitritts diagnostiziert hat: R. Ruffieux, L'entrée de la Suisse dans la Société des Nations, in: ders. (Hg.), La Démocratie référendaire en Suisse au XXe siècle, t.1, Fribourg 1972, S. 117.
[37] Aufruf in BZ, 15.5.1920. Der landwirtschaftliche Verein folgte hier dem Schweizerischen Bauernverband unter Ernst Laur.
[38] BZ, 17.5.1920.
[39] Vgl. Kurt Semmler, Kirche und Völkerbund. Das Verhalten der evangelisch-reformierten Kirchen der Schweiz gegenüber dem Völkerbund, Zürich 1974, S. 34f.
[40] Vgl. BZ, 7.5.1920.
[41] Zitiert nach BZ, 14.5.1920.
[42] Für das Baselbiet vgl. Ruedi Brassel-Moser 1999, S. 53ff.; in Bezug auf die schweizerische Diskussion P. Hug, Verhinderte oder verpasste Chancen? Die Schweiz und die Vereinten Nationen 1943-1947, in: G. Kreis (Hg.), Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943-1950, Basel 1996, S. 84-97.
[43] Im Baselbiet lehnten 1986 alle Gemeinden ab mit einem Mehr von insgesamt 67,1 Prozent. Amtsblatt des Kantons Basel-Landschaft, 1986, S. 357ff.
[44] BZ, 2.11.1918.